



EUROPAVEREIN GPB e.V.

Eschweiler, 3. Oktober 2013

**Festrede anlässlich der Verleihung des Europäischen Sozialpreises 2013**

Dr. Stephan Koppelberg,  
Leiter der Regionalvertretung der Europäischen Kommission in Bonn



Meine sehr geehrten Damen und Herren,

ich freue mich sehr, dass ich heute Nachmittag hier in Eschweiler sein kann und Sie im Namen der Europäischen Kommission begrüßen darf.

Herzlichen Dank an den Europaverein für die Einladung dazu und auch für seine langjährige engagierte Arbeit für Europa - besonders dafür, dass er diesen Europäischen Sozialpreis ins Leben gerufen hat, der immer mehr Anerkennung und Aufmerksamkeit findet.

Ganz besonders gratuliere ich der diesjährigen Preisträgerin des Europäischen Sozialpreises, Frau Sabine Drewanz: Herzlichen Glückwunsch, Frau Drewanz!

Meine Damen und Herren,

ich stelle mir die Preisverleihung heute bildlich vor - und ich stelle sie mir tatsächlich wie ein kostbar eingerahmtes Bild vor: Im Mittelpunkt des Bildes steht die Preisträgerin, Frau Drewanz.

Frau Drewanz: Auf Sie sind heute alle Augen gerichtet - und Sie persönlich werden ja auch von Herrn Bürgermeister Henn entsprechend gewürdigt.

Als Vertreter der Europäischen Kommission werde ich meinerseits etwas zum Rahmen sagen.

Der Preis, der heute vom Europaverein in Eschweiler verliehen wird, heißt ja "Europäischer Sozialpreis".

Ich werde also etwas zu Europa sagen und insbesondere zum Thema soziales Europa.

"Sozial" bedeutet laut Wörterbuch 'die Gemeinschaft betreffend'. Ja, die Europäische Union ist laut EU-Vertrag die "Union der Völker Europas", also eine Gemeinschaft von Menschen - eine Union, die im Übrigen laut Vertrag immer enger werden soll; darauf haben sich alle 28 Mitgliedstaaten geeinigt – alle, einschließlich Großbritanniens.

Im EU-Vertrag steht auch:

"Die Werte, auf die sich die Union gründet, sind die Achtung der Menschenwürde, (...) Gleichheit, (...) und die Wahrung der Menschenrechte einschließlich der Rechte der Personen, die Minderheiten angehören."

Auch die Solidarität wird da genannt – zwischen den Völkern, zwischen den Mitgliedstaaten – und auch zwischen den Generationen.

Und das erste Ziel der Europäischen Union ist es, "... den Frieden, ihre Werte und das Wohlergehen ihrer Völker zu fördern."

Das zweite Ziel lautet:

"Die Union bietet ihren Bürgerinnen und Bürgern einen Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts ohne Binnengrenzen".

Ein paar Zeilen weiter heißt es:

"Sie [die EU] bekämpft soziale Ausgrenzung und Diskriminierungen und fördert soziale Gerechtigkeit und sozialen Schutz".

Sie erinnern sich vielleicht, dass 2010 das Europäische Jahr zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung war.

Ich meine, mit diesem Europäischen Jahr ist es uns gelungen, dazu beizutragen, dass uns allen etwas bewusster geworden ist, dass es hier in Europa, und auch in Deutschland, zu viele Menschen gibt, die kaum ein Auskommen haben, dass es trotz weltweit einzigartiger Sozialsysteme auch in Europa durchaus Armut gibt, dass es zu viele Arme gibt.

Die Europäische Union hat sich zum Ziel gesetzt, die Zahl der Armen in Europa bis zum Jahr 2020 erheblich zu reduzieren, und wenn ich sage "die Europäische Union" dann heißt das: auf Vorschlag der Europäischen Kommission die Mehrheit des Europäischen

Parlaments und alle Mitgliedstaaten - wobei unsere Bundesregierung die letzte Regierung von allen 27 war, die diesem Ziel zugestimmt hat.

Leider sehen wir aber, dass es aufgrund der Wirtschaftskrise, die wir erst jetzt langsam beginnen zu überwinden, noch schwerer sein wird, dieses Ziel der Verringerung der Armut bis 2020 tatsächlich zu erreichen.

Ein letzter Punkt noch zu unserer "EU-Verfassung" – ich meine zu unserem EU-Vertrag: die Europäische Union definiert sich hier offiziell als "soziale Marktwirtschaft". Ja, wir sind eine Marktwirtschaft, aber eben nicht eine, in der der Markt oder die Märkte alles regeln. Allerspätestens die Wirtschaftskrise, die 2008 in den USA ihren Anfang nahm, hat uns Europäer endgültig darin bestätigt, dass eine soziale Marktwirtschaft auf die Dauer besonders nachhaltig und gut ist – für alle.

Aber was wurden wir in den wilden 80er und 90er Jahren ausgelacht an der Wall Street und in der Welt – als "old Europe", ein altes Europa, das viel zu viel staatlich regelt. Bei dem Streit in den USA, wo aktuell immer noch viele radikale Republikaner verhindern wollen, dass mehr Menschen sich eine Krankenversicherung leisten können, geht es genau darum: sie wollen nicht, dass der Staat zu viel regelt im Bereich der Sozialpolitik.

In Europa meinen wir mehrheitlich, dass die Schwächeren sehr wohl den Schutz der Gemeinschaft verdienen.

Das will ich mit den Zitaten aus unserem EU-Vertrag zeigen:

Die Europäische Union ist dazu da, ihren Bürgerinnen und Bürgern zu dienen und ihnen außer Frieden, Wohlstand und Demokratie auch Sozialschutz und soziale Gerechtigkeit zu bieten – und auch Umweltschutz – dazu komme ich noch.

Ich habe gestern zum ersten Mal in meinem Leben unseren EU-Vertrag mit der Verfassung der USA verglichen - und das Ergebnis ist sehr interessant: Die Verfassung der USA ist viel kürzer, und ein paar Ziele sind die gleichen wie bei uns: Gerechtigkeit, allgemeiner Wohlstand, Freiheit.

Aber das war es im Grunde auch schon – in der amerikanischen Verfassung kommt das Wort "sozial" gar nicht vor, übrigens auch nicht das Wort "Gleichheit", nicht "Solidarität", nicht "Menschenrechte", und auch nicht Rechte von "Minderheiten". Auch nicht "Nichtdiskriminierung", ein ganz wesentlicher Begriff des EU-Rechts – das gehört zu dem, wozu wir uns in der Europäischen Union als allererstes verpflichten – zur Achtung der Menschenwürde.

Meine Damen und Herren, ich möchte hier nichts schlecht machen. Die amerikanische Verfassung hat viele Verdienste, aber auch wir können stolz sein auf unsere europäische "Verfassung" – auf den EU-Vertrag.

Vergleichen Sie mit dem Rest der Welt - in Europa leben wir im Paradies!

Die Europäische Union ist ein wahrgewordener Traum!

Frau Drewanz,

Sie mussten mit Ihrer Familie Schlesien verlassen, wie meine Mutter und so wie im Zweiten Weltkrieg 30 Millionen Menschen vertrieben wurden – oder 40 Millionen Menschen, die Schätzungen der Historiker weichen da voneinander ab.

Ihnen muss man nicht erklären, dass das vereinigte Europa, in dem es keinen Krieg mehr geben kann, ein wahrgewordener Traum ist.

Aber für unsere jüngeren Generationen ist dies ein Traum, den sie nie geträumt haben, weil sie ihn nie träumen mussten – er war für sie schon immer Wirklichkeit – teilweise schon für ihre Eltern.

Meine Damen und Herren,

Heute gibt es in vielen europäischen Ländern viele Menschen - immer mehr, scheint es -, die die europäische Einigung in Frage stellen, die die Solidarität zwischen den Europäerinnen und Europäern in Frage stellen, die teilweise sogar meinen, es gebe bessere und schlechtere Menschen in Europa - wobei die der eigenen Nation immer die besseren sind, und die anderen, die fremden, die schlechteren Menschensein sollen, z.B. weil sie angeblich nicht genug arbeiten usw.

Es gibt immer mehr Menschen, die "Ausländer raus" schreien und "Grenzen zu" und "raus aus der EU" und "raus aus der Eurozone".

Das müssen wir leider ernst nehmen, allein deswegen, weil es immer mehr Menschen sind, die so empfinden, in Deutschland, in Österreich, in Holland, Dänemark, England, Finnland, Schweden, Griechenland, Polen usw.

Am 25. Mai des nächsten Jahres wählen wir zum achten Mal unsere Abgeordneten ins Europäische Parlament. Viele befürchten, dass die, die gegen das europäische Friedens-, Wohlstands- und Solidaritäts-Projekt sind, sehr viel erfolgreicher ihre Wählerschaft mobilisieren werden als die, die im Grunde für ein friedlich vereintes Europa sind.

In vielen Ländern, auch in Deutschland, gehen viele ohnehin nicht zur Europawahl, weil sie denken, das gehe sie nichts an. Das ist aber ein Irrtum! Das von uns direkt gewählte Europäische Parlament kann in fast allen Bereichen des EU-Rechts - das uns dann in ganz Europa betrifft - gleichberechtigt mitbestimmen und mitgestalten.

Ich nenne Ihnen heute ein aktuelles Beispiel: Ob wir demnächst strengere Autoabgaswerte bekommen und damit unsere Umwelt mehr schützen und dem Klimawandel entgegenwirken oder ob wir erst einmal weniger strengere Autoabgaswerte haben wollen und damit den Verkauf und Export gerade von erfolgreichen großen

deutschen Autos fördern - zu dieser Frage gibt es vermutlich auch hier im Saal unterschiedliche Ansichten. Weil die Frage in der Tat nicht einfach ist.

Nun, diese Frage wird am Ende das Europäische Parlament ganz wesentlich mitentscheiden. Und wenn Sie die Partei wählen, die Ihre Position vertritt, dann können Sie auch darauf Einfluss nehmen - wie auf viele andere Entscheidungen.

Meine Damen und Herren, über diese Frage wird es noch viele schwierige Verhandlungen geben zwischen vielen verschiedenen Partnern, die alle verschiedene Interessen und Kulturen vertreten: zwischen 28 verschiedenen Mitgliedstaaten, wenn sie sich dann einig sind - zwischen diesen 28 auf der einen Seite als Rat der EU und auf der anderen Seite dem Europäischen Parlament mit seinen zig verschiedenen Parteien. Auch die Europäische Kommission wird wieder mitverhandeln um das übergeordnete Interesse der Union als Ganzes zu vertreten.

Und es wird wie so oft heißen, dass sich die Europäer untereinander wieder einmal erbittert bekämpfen, dass die EU-Institutionen - Rat, Parlament Kommission – sich untereinander streiten, und manche Gegner der EU mögen dann sagen: Die EU führt nur zu Streit und zu Bevormundung. Das machen wir doch besser alleine!

Aber das wäre sehr kurzichtig. Gerade in Deutschland leben wir davon, dass wir viel mehr von unseren Autos in andere Länder exportieren als wir selber kaufen können. Wenn in diesen anderen Ländern dann andere Abgaswerte gelten als in Deutschland, dann wird das schwieriger, das Exportieren.

Es wird aber nicht so kommen. Sondern was kommen wird, ist was wir in der Europäischen Union meisterhaft beherrschen: der Kompromiss.

Und dieser Kompromiss am Ende sichert dann eines: einen gemeinsamen Standard, der für die gesamte Europäische Union gilt, so dass in diesem Fall weiterhin alle Autohersteller Europas ihre Fahrzeuge in ganz Europa verkaufen können.

Und nicht nur das: diese Standards werden für alle Autohersteller der gesamten Welt gelten, die ihre Fahrzeuge auch in der EU verkaufen wollen: Chinesische, indische, koreanische, japanische, amerikanische Hersteller müssen sich an unsere Standards halten, weil wir 28 Staaten zusammen als Europäische Union die größte Handelsmacht der Welt sind und mit 500 Millionen Verbraucherinnen und Verbrauchern und unserer Kaufkraft der wichtigste Binnenmarkt der Welt.

Deswegen setzen wir Standards, die sich auf die ganze Welt auswirken.

Und das Ergebnis hat dann das Europäische Parlament mit seinen von uns direkt gewählten Abgeordneten für uns mitverhandelt – in unserem parteipolitischen Interesse.

Und unsere von uns gewählte Bundesregierung hat auch für uns mitverhandelt – in unserem nationalen deutschen Interesse.

Und was viele Streit nennen, ist in Wahrheit etwas Anderes: es ist eine faire Auseinandersetzung – und eine friedliche.

In früheren Zeiten hat Streit zwischen uns und unseren Nachbarstaaten immer wieder Kriege und Gewalt ausgelöst, jahrhundertlang. Heute gibt es auch schwierige Auseinandersetzungen, aber eben nicht auf dem Schlachtfeld sondern am Verhandlungstisch.

Und am Ende steht etwas Wunderbares: ein Kompromiss - ein Kompromiss, mit dem alle gleich gut leben können.

Und damit es einen guten Kompromiss geben kann, dafür müssen wir in der Europäischen Union zwischen den 28 Mitgliedstaaten und zwischen den verschiedenen Institutionen und Interessengruppen und Parteien ständig im Gespräch bleiben, füreinander offen sein und immer wieder aufeinander zugehen.

Ein Kompromiss ist ein Geben und Nehmen, ein Berücksichtigen der Bedürfnisse der anderen. Und dabei müssen alle Zugeständnisse machen, alle: die Deutschen und die Dänen und die Griechen, die Grünen und die Sozialdemokraten und die Christdemokraten und die Linken und die Liberalen, gegenseitige Zugeständnisse - Wir kommen euch entgegen und dafür kommt ihr auch uns entgegen.

Das ist nicht immer einfach, aber es funktioniert.

Es funktioniert im friedlich vereinten Europa seit 60 Jahren und hilft uns auf Dauer allen.

Meine Damen und Herren,

Wenn ich in diesem Sinne sehe, dass es Menschen wie Sabine Drewanz gibt, die sich aus eigenem Antrieb so engagiert dafür einsetzen, dass sich Menschen verschiedenster Völker kennen und verstehen lernen, dann bin ich sehr zuversichtlich, was die Zukunft unserer Europäischen Union angeht.

Denn genau das ist, was Sabine Drewanz macht: auf Menschen aus verschiedensten Ländern und Kulturen zugehen, sich mit ihnen auseinandersetzen. Sie bringt sie dazu, dass sie sich mit unserer deutschen und europäischen Kultur auseinandersetzen und wir uns mit ihnen - und alle untereinander - und dadurch gegenseitig Verständnis Vertrauen und Solidarität entstehen.

Frau Drewanz, Sie sind ein Vorbild für uns alle in Europa - wir brauchen mehr wie Sie!

Danke